

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 6.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4698. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellinie oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellinie 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Hilfsaktion der Reichsregierung für die Orgesch.

Berlin, 23. Dezember. Dem Vorsitzenden des internationalen Ueberwachungsausschusses für das Landheer, General Nollet, ist eine Note des Auswärtigen Amtes übergeben worden, in der es heißt: Art. 178 des Friedensvertrages untersagt nicht alle Maßnahmen, die eine Mobilmachung erleichtern könnten, sondern nur solche, die auf eine Mobilmachung abzielen. Dies ist beim Zusammenbruch der Bürger zum Selbstschutz nicht der Fall. Bisher ist eine innere Angelegenheit Deutschlands. Die Kontrollkommission glaubt, daß gewisse Organisationen einen militärischen Charakter tragen, besonders der Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns und die ostpreussischen Ortswehren. Auch dies ist nicht mehr der Fall. In Bayern und Ostpreußen gestatten die dort bestehenden besonderen Verhältnisse nicht, mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen wie anderswo. Die Annahme, daß die kommunistische Gefahr für Deutschland überhand nehmen könne, sei, kann leider nicht als zureichend bezeichnet werden. Die Gefahr wächst mit der wirtschaftlichen Not. Die dagegen zur Verfügung stehenden regulären Kräfte würden nicht ausreichen, um der Bevölkerung in Ostpreußen wie in Bayern das Gefühl der Sicherheit zu geben. Um sie vor drohenden Gefahren zu schützen, ist es im Augenblick noch nicht angängig, dort zur vollständigen Entwaffnung der Selbstschutzhorganisations zu schreiten. Von den Waffen der örtlichen Einwohnerwehren ist bereits der weitaus größte Teil eingeliefert und unbrauchbar gemacht; die weitere Einziehung ist im Gange. Der Weg, den die deutsche Regierung bei der ganzen Entwaffnungsaktion eingeschlagen hat, war der einzige, der nach Lage der Verhältnisse zum Ziel führen konnte.

Die Reichsregierung entpuppt sich immer offener als die Orgesch-Regierung, was allerdings kein Wunder ist, da die offene Feindin der Republik, die Stinnespartei, in dieser Regierung ist, und da es mit der republikanischen Festigkeit der beiden andern Regierungspartner, des Zentrums sowohl wie der Demokraten, auch nicht weit her ist. Allen diesen Parteien ist es wichtiger die Stärkung der Reaktion im Innern als die Gestaltung des Verhältnisses zur Entente. Auf ihr Haupt fällt die Verantwortung für alle Schwierigkeiten und Gefahren, die aus dieser Weigerung, die Befehle des Abkommens von Spa loyal zu erfüllen, für Deutschland entspringen. Daß die Entente auf die durchsichtigen Verschleierungsreden der Note nicht hereinfallen wird, das wird die Reichsregierung wohl selber wissen. Oder hofft sie immer noch, daß der Appell an die Furcht vor dem Bolschewismus nicht vergeblich sein werde. Die deutsche Bourgeoisie gibt anscheinend die Hoffnung nicht auf, daß auf dem gemeinsamen Boden der Reaktion sich ein Ausgleich mit der Entente auf Kosten des deutschen Volkes erzielen lassen werde.

Die Berliner Stadtverordneten zu den Forderungen der Arbeitslosen.

Berlin, 24. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten teilte der Stadtverordnete Brühl mit, daß der Ausschuss zu der Ansicht gekommen sei, daß Berlin allein die Forderungen der Arbeitslosen unmöglich erfüllen kann. Er habe deshalb die Hilfe der Regierung angerufen. Eine Antwort der Regierung lag noch nicht vor. Der kommunistische Stadtverordnete Drowiski hielt darauf eine vom Vizepräsidenten begleitete Rede, in der er die Befreiung der Regierung als selbstverständlich forderte, wenn die Forderungen der Arbeitslosen nicht erfüllt würden. Der Antrag der Kommunisten auf sofortige Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe an die Arbeitslosen wurde abgelehnt. Dagegen gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat unter anderem folgenden Forderungen der Gewerkschaftskommission an die Staats- und Reichsregierung beizutreten, allen Arbeitslosen eine einmalige sofortige geldliche Zuwendung zu gewähren:

- a) bei sechswochiger Arbeitslosigkeit im Betrage von 150 Mf.
- b) " vierteljährlicher " " " " 300 "
- c) " halbjährlicher " " " " 400 "
- d) " dreimonatlicher " " " " 500 "

Erhöhung der gegenwärtigen Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent. Invaliden wird die Unterstützung derart erhöht, daß Rente und Erwerbslosenunterstützung zusammen die erhöhten Sätze des Arbeitslosen betragen. Die Kinder der Arbeitslosen erhalten Schulspeisungen, und zwar Frühstück und Mittagessen, kostenlose Abgabe von Milch an Kinder der Arbeitslosen bis zum 6. Lebensjahre, Versorgung der Arbeitslosen und deren Familienangehörige mit billiger warmer Winterkleidung, Wäsche und Schuhwerk. Befreiung der Arbeitslosen, die eigenen Hausstand führen, mit billigem Heizmaterial. Festsetzung aller größeren Wohnungen, die ungenügend ausgenutzt werden und deren Bereitstellung für die Wohnungslosen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt jedoch ausdrücklich fest, daß durch die Gewährung von Unterstüngen den Arbeitslosen nur vorübergehend geholfen ist. Wirkliche Besserung der Verhältnisse kann nur durch die Beschaffung produktiver Arbeit erreicht werden. Die Stadtverordnetenversammlung beantragt daher, der Magistrat möge beschließen, die Staats- und Reichsregierung zu ersuchen, der Stadt Berlin Mittel bereitzustellen, um die produktive Arbeit sofort in Angriff nehmen zu können. Die weitere Sitzung, die sich über die Frage der unangenehmsten Vermittlung unterhielt, wurde noch mehrfach durch härmische Debatten unterbrochen.

Der heimatlose „Friede auf Erden“.

Als am 18. Dezember die Tagung des Völkerbundes in Genf auseinander ging, da konnte der Schweizer Bundespräsident Motta sein Schlusswort nicht sprechen, ohne das naheliegende — sowohl wegen der Nähe des Weihnachtsfestes als auch wegen der angeblichen Leitidee des Völkerbundes naheliegende Wort vom Frieden auf Erden auszusprechen. Unter dem Hinweis auf das nahe Weihnachtstfest schloß er mit dem Wunsche, daß die öffentliche Meinung der Welt endlich den Glauben erfüllt sehe, daß Frieden auf Erden zum Wohlgefallen der Menschen möglich sei.

Herr Motta hätte besser getan, diese billige Redensart wegzulassen. Denn die Verhandlungen, die der sogenannte Völkerbund an jenem Tage beendete, haben der öffentlichen Meinung der Welt sehr wenig Anlaß zu dieser schönen Hoffnung gegeben. Von Genf aus ist keine frohe Botschaft an die Völker der Welt gegangen, und wenn schon immer für den denkenden Menschen ein schreiender, schmerzender Gegensatz zwischen den lieblichen Worten des Weihnachtsevangeliums und der brutalen Wirklichkeit der kapitalistischen Welt bestand, so ist dieser Kontrast bei den Verhandlungen der Völkerbunddelegierten nur noch krasser zutage getreten. Die Kanonen und Maschinengewehre des Weltkrieges sind allerdings seit zwei Jahren verstummt, aber der Nachkrieg wütet weiter mit kaum verminderter Grausamkeit und die einzige Hoffnung, die in dem Graufen der Weltkriegkatastrophe irgendwie erhalten hat, die Hoffnung, daß dieser entsetzliche Völkerkrieg der letzte auf Erden sein werde, sie ist schon längst wieder zum Klassen, wesenlosen Schemen geworden und die ganze Gräßlichkeit der Raubtierfrage des Kapitalismus starrt der zertretenen Menschheit wieder ins Antlitz. In Osteuropa, in Vorderasien schweben die Feuer des Krieges noch unter der Mähe und ein Weniges nur, so schlagen die zerstörenden Flammen wieder zum Himmel. Auf Irlands Fluren wütet der Mord. Die Heere und Flotten der Siegerstaaten stehen bis an die Zähne gerüstet mit den schrecklichsten Zerstörungsmaschinen ausgestattet bereit, auf neue die Welt in Blut zu tauchen. Neue Konflikte, neue Kriegsgefahren bereiten sich dunkel drohend vor — der Gedanke an den Kreuzzug der Kapitalisten gegen den Bolschewismus ist nur vorläufig in die Ecke gestellt und noch längst nicht endgültig aufgehoben. Der alte englisch-russische Wettstreit an der indischen Grenze hat sich nach Vorderasien, nach den neuen englischen Tributstaaten ausgebreitet. Im fernen Osten kauft der während des Weltkrieges nur schwach verschleierte Gegensatz zwischen Japan und der Nordamerikanischen Union aufs neue auf. Europa stöhnt unter der Last des Militarismus nach wie vor, den es jetzt auf den wunden Schultern tragen muß, die ihm der Weltkrieg gerufen hat.

Die Welt hat seit dem Frieden von Versailles ein anderes Gesicht bekommen. Grenzen sind verschoben worden, Staaten entstanden, Staaten wurden vernichtet, das Gleichgewicht der Weltmächte wurde völlig umgelagert, Deutschland schied aus dem Kreise der Großmächte und ward das stöhnende Opfer der Verbrennen seiner Herrschenden und der Gier des Imperialismus der Sieger. Revolutionen wandelten Ost- und Mitteleuropa um — aber in all diesen Umwälzungen blieb eines: die Kriegsgefahr.

Die kapitalistische Welt kann sie nicht bannen. All ihre Bemühungen, daß sie den Völkerrfrieden zur Wahrheit machen werde, daß sie den Militarismus überwinden werde, erweisen sich immer wieder als taube Ohren. Dieser Völkerbund, der dem ewigen Völkerrfrieden den Weg bereiten sollte, erweist sich als ein Werkzeug der sieghaftesten Großmächte, um die Welt ihrem Willen untertan zu machen. Alle Versuche, ihn zu einem wahren Organ einer allumfassenden Völkergemeinschaft zu machen, sind in Genf von dem Vierbund der Entente-Großmächte vereitelt worden. England, Frankreich, Italien und Japan — Amerika hat den ihm zugewiesenen Sitz nicht eingenommen — leiten diesen Staatenbund, an dem die Völker nur sehr mittelbaren Anteil haben, mit unumschränkter Gewalt, denn sie sind ständige, sozusagen geborene Mitglieder des Rates, der die Geschäfte des Völkerbundes führt. Nur in langen Zwischenräumen tritt die Versammlung der gesamten Bundesmitglieder zusammen, die aber nicht etwa den Rat kontrollieren und zur Verantwortung ziehen kann, sondern die ihm nur gleichberechtigt ist. Sie darf alljährlich noch vier Mitglieder mit einjähriger Mandatsdauer in den Rat entsenden (diesmal sind Belgien, Spanien, Brasilien und China gewählt worden), das ist die ganze Mitbestimmung, die sie während der langen Pausen zwischen ihren Sitzungen auf die Geschäfte des Bundes ausüben kann. Daß diese vier einjährigen Beigeordneten nur dann einmal in die Lage kommen würden, wirklichen Einfluß auf die Entschlüsse auszuüben wenn etwa die vier Großmächte sich nicht einigen könnten, das liegt zutage. Hat sich doch schon in den Plenarverhandlungen der Völkerbundversammlung deutlich genug gezeigt, daß die zahlenmäßige Mehrheit nichts besagt gegenüber dem Willen der Großmächte. Sie haben es durch das Schwergewicht ihrer Macht durchgesetzt, daß die Frage der **Wahlung**

nicht erörtert, daß nicht einmal das längst geforderte obligatorische Schiedsgericht zur Beilegung von kriegerischen Konflikten geschaffen wurde. Es bleibt im wesentlichen bei der schon vor dem Weltkrieg bestehenden Einrichtung des internationalen Schiedsgerichtshofs, der für keinen Staat verbindlich ist, der die schlimmste der Katastrophen von der Menschheit nicht abwenden konnte. Auf die lange Bank geschoben wurden alle Anträge, die auf eine Reform des Bundes hinausliefen, die ihn dem Ideal eines wirklichen Bundes der Völker nur ein wenig hätten annähern können. Die Aufnahme neuer Staaten wurde unter Gesichtspunkten vollzogen, die den Interessen der Großstaaten entsprachen: wo unangenehme Verpflichtungen entstehen könnten, wie gegenüber Armenien und den baltischen Randstaaten, da wurden die Aufnahmeversuche abgelehnt. Bei dem Verhalten gegen letztere Gruppe mag die Erwägung mitgespielt haben, daß man sich gegenüber einem völkerecht noch erschöpften reaktionären, kapitalistischen Rußland nicht festlegen, sondern ihm die Möglichkeit zur Ausdehnung seiner Grenzen an die Ostsee lassen will. So werden die Völkerschicksale zu Spekulationsobjekten des Imperialismus herabgewürdigt und der Völkerbund muß für diese Politik die Deckung schaffen. Seine Verhandlungen unterscheiden sich überhaupt nicht wesentlich von irgendeiner beliebigen Diplomaten-Konferenz, wenn man einiges rhetorisches Beiwerk streicht. Auch hier daselbe Zutrittsenspiel, derselbe Kampf der Interessen. Beherrschend trat in dem Vordergrund die Angst Frankreichs, durch einen Ausbau des Völkerbundes zu einem Institut, das seinen Namen verdienen würde, die Vorteile des Sieges, die vermeintlichen Vorteile des Versailles Vertrags zu verlieren. Und da Frankreich in allen entscheidenden Punkten die Unterstützung der andern allierten Großmächte fand, so diktierte es der Versammlung seine Politik, die die Politik des Imperialismus, der Gewalt ist, die mit dem Gedanken des Völkerbundes im schroffsten Widerspruch steht. Unter den kleineren Staaten, die die Last der Rüstung, die solche Politik bedingt, nur übermäßig tragen, gab es freilich Widerstand, Neigung zur Auflehnung, aber gegenüber der Macht der führenden Großstaaten mußten sie sich jedesmal beugen. Nur Argentinien wagte es, einen energischen Protest bis zum äußersten zu treiben.

Dieser Staat befindet sich, da er sich auch den Kriegswirren ferngehalten hat, in einer besonders günstigen Lage, die etwa mit der der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu vergleichen ist. Er steht wirtschaftlich verhältnismäßig günstig da und sieht sich seiner wertvollen Rohstoffe wegen von den europäischen Industrie-ländern umworben. Der Gedanke, daß er mit der Abkehr vom Völkerbund die freie Verfügung über diese Rohstoffe behält — der Bund plant eine Verteilung der Rohstoffe zu organisieren — dürfte der argentinischen Regierung ihren Schritt sehr erleichtert haben.

Optimisten, zu denen auch die Rechtssozialisten gehören, denen ob ihrer Verliebtheit in den Gedanken der friedlichen Entwicklung der Menschheit für die Erkenntnis der rauen Wirklichkeit abhandeln gekommen ist, hoffen trotz alledem, daß aus diesem Werkzeug der Entente sich noch einmal ein Völkerbund entwickeln werde. Hoffnungsvolle Toren! Die Verhandlungen von Genf beweisen wieder einmal die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, dem Völkerrfrieden eine sichere Heimstatt auf Erden zu bereiten. Immer wieder brechen die Raub- und Herrschinstinkte des Imperialismus durch die schwachen Gitterstäbe, die die Paragraphen des sogenannten Völkerbundes angeblich gegen sie darstellen sollen. Der Weltfriede, der mehr ist als ein Waffenstillstand, kann nicht aus dem Blut- und greuelgebändigtem Boden des Kapitalismus entstehen — er wird der Sozialismus sein oder er wird nicht sein.

Von diesem Staaten-Parlament in Genf wird die Erlösung der Menschen vom Kriege ebensowenig ausgehen, wie etwa die Erlösung des Proletariats von der kapitalistischen Ausbeutung von den Parlamenten der Staaten erhofft werden darf. Wie die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß, so kann auch die Ueberwindung des Krieges nur von dem Zusammenwirken der Proletarier aller Länder kommen, die mit der Umwälzung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische auch die Wurzeln der Konflikte zwischen den Völkern, die Wurzeln des Krieges zerstören.

Auch der gereifte Mensch mag noch gegen den Klängen der frommen Weihnachtslieder, den süßen Kindheits-erinnerungen lauschen, mag sein Ohr gern den tröstenden verheißenden Worten des Weihnachtsevangeliums lauschen, das seinen Zauber nie ganz verliert. Aber der klassenbewußte Proletarier muß wissen, daß in der Welt der harten Tatsachen Verheißungen nur Fleisch und Blut gewinnen, wenn die stärksten gesellschaftlichen Kräfte, die ökonomischen Verhältnisse und der an ihnen geknüpfte, durch Erkenntnis gereifte Wille großer Massen für sie arbeiten. Für ihn ist das Wort vom Frieden auf Erden nicht benebelnd, einschläferndes Beträufel, sondern eine Mahnung, ein verpflichtender Ruf. **Es**